

Presseinformation

Alexa Lamberz
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 21.01.2016

23. Sitzung des Landtages

**TOP: 3.
Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit
Redebeitrag Dr. Andreas Bernig
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Liebe Brandenburgerinnen,

wenn wir über Gute Arbeit reden, dann reden wir über ein weites Feld und vielfältige Akteure.

Im April 2014 hatte der Landtag den Entschließungsantrag „Brandenburg - ein Land der Guten Arbeit“ beschlossen und festgestellt, dass Gute Arbeit vor allem eine gerechte Entlohnung, ein hohes Niveau von Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten der Beschäftigten, gesundheitsverträgliches und altersgerechtes Arbeiten sowie Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beinhaltet.

Daran wollen wir anknüpfen und das Thema Gute Arbeit in Brandenburg weiter voran bringen.

Mit der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sind wir bei einer gerechteren Entlohnung schon ein gutes Stück vorangekommen.

Dabei muss klar sein, dass es für eine tatsächliche Existenzsicherung und für die Verhinderung von Altersarmut mehr bedarf.

Nicht umsonst fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 €. Immerhin haben von den 8,50 € Mindestlohn über 330.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Brandenburg profitiert!

Und allen Unkenrufen zum Trotz sind keine Arbeitsplätze vernichtet worden, sondern die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist sogar angestiegen, dafür wurden aber Minijobs reduziert.

Auch mit Blick auf die noch zu hohe Zahl der prekären Beschäftigung ist das ein gutes Zeichen.

Das Land Brandenburg hat bei der Einführung des Mindestlohnes mit seinen Mindestanforderungen an öffentliche Vergaben gute Vorarbeit geleistet und wir werden in diesem Jahr mit der Anhebung von 8,50 € auf 9 € weitere Zeichen setzen.

Auch die Einführung sozialer Kriterien bei der Wirtschaftsförderung wie Tarifbindung, Begrenzung der Leiharbeit und der Schaffung von Ausbildungsplätzen hat zur Entwicklung guter Arbeit beigetragen.

Gerade hat der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder festgestellt, dass nach EU-Rechnungsgrundlagen der durchschnittliche Bruttolohn in Brandenburg um 2,9 % gegenüber 2013 gestiegen ist.

Damit liegen wir 0,2 % über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass der Abstand zum gesamtdeutschen Einkommensdurchschnitt noch 5460 € jährlich also 17,2 % beträgt.

Wie gesagt, das sind die Zahlen nach EU-Rechnungsgrundlagen, andere Statistiken sprechen von einem Abstand zwischen 20 und 30 %.

Es gibt also noch viel zu tun.

Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb festgeschrieben, dass wir das Bündnis für Fachkräftesicherung und den Sozialpartnerdialog zu einem „brandenburgischen Bündnis für gute Arbeit“ weiter entwickeln wollen und dem dient unser Antrag.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die dabei helfen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute und sichere Arbeitsplätze zu bieten.

Beide Seiten brauchen hohe Organisationsgrade, um so mehr Tarifbindung und Tarifverträge zu erreichen.

Bekanntlich haben wir in Brandenburg derzeit erst eine Tarifbindung zwischen 25 und 30 %. Der Anteil der tarifgebundenen Beschäftigten liegt bei 51 %.

Zählt man die Betriebe dazu, die sich bei der Entlohnung an einem Tarifvertrag orientieren, steigt die Zahl auf 51 % der Betriebe - wobei 73 % der Beschäftigten einbezogen sind.

Hier stellt sich dann allerdings die Frage: wenn sich die Betriebe an einem Tarifvertrag orientieren, warum binden sie sich dann nicht auch gleich an diesen Tarifvertrag?

Genau dieser Frage stellt sich u.a. der Sozialpartnerdialog, den wir weiter entwickeln wollen.

Ziel ist es, den Brandenburger Arbeitsmarkt attraktiver zu machen, um Arbeitskräfte hier zu halten und neue zu gewinnen.

Durch gemeinsame Projekte sollen die Arbeitsbedingungen sowie die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten verbessert werden.

Eine mitarbeiterorientierte und mitbestimmungsfreundliche Unternehmenskultur soll nachhaltig unterstützt werden.

Anrede!

Man kann sich sicherlich über die Wirkung des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie streiten, gerade was die Beschränkung des Streikrechtes betrifft.

Aber mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes und mit den erleichterten Bedingungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist es eine Hilfe für die Stärkung der Tarifbindung.

Es entfällt nunmehr die bisherige Hürde der 50%igen Bindung der Beschäftigten an einen Tarif, um die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beantragen zu können.

Eine besondere Rolle soll bei der Fortführung des Sozialpartnerdialoges die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Tarifverträge zu Ausbildungsvergütungen spielen, damit wir junge Menschen im Land ausbilden und auch halten können.

In Brandenburg hatten wir in der letzten Zeit zwei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen im Elektrohandwerk.

Damit wurde ein Drittel der bisher nicht tarifgebundenen Beschäftigten in den Tarifvertrag einbezogen.

Seit langem ringt verdi im Pflegebereich auch um eine solche Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Wie jetzt zu vernehmen war entwickelt sich das Vorhaben positiv.

Drücken wir also die Daumen das es endlich gelingt.

Gerade in der Pflege brauchen wir eine gerechte Bezahlung sowie gute und faire Arbeitsbedingungen damit die Pflegebedürftigen angemessen betreut und versorgt werden können.

Und damit es gelingt brauchen wir eine breite öffentliche Diskussion zum Thema Gute Arbeit um ein entsprechendes gesellschaftliches Klima zu erreichen.

Auch dazu dient unser Antrag!

Deshalb thematisieren wir die Fachkräftesicherung, die Erhöhung der Tarifbindung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Arbeitsgestaltung - das Thema Arbeit 4.0 war Gegenstand der letzten Betriebsrätekonferenz - sowie die Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen.

Gerade bei letzterem haben wir bereits mit dem gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm des Landes Brandenburg und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit mit dem Titel „aktiv-gemeinsam-wirksam“ eine neue Qualität erreicht.

Es ist hier leider nicht die Zeit, alle komplementären Maßnahmen grade zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aufzuführen

Als Beispiel nenne ich nur die Integrationsbegleiter für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften.

Der Flyer zu ihrer Arbeit ist gerade druckfrisch erschienen.

Diese Integrationsbegleiter kümmern sich besonders um die Integration von Familien in Arbeit und bieten dazu eine komplexe Beratung und komplexe Maßnahmen an, die alle Familienmitglieder erfassen.

Sehr bemerkenswert ist auch die Umsetzung des Programms „Inklusive Ausbildung und Arbeit“ das Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Schwerbehinderung schafft.

Auf der Anhörung zur Funktionalreform im Innenausschuß in der vorigen Woche zum Landesamt für Soziales und Versorgung wurden die sehr guten Ergebnisse durch die Vertreterin der Bundesagentur für Arbeit hervorgehoben.

In Brandenburg sank die Arbeitslosigkeit von Menschen mit einer Schwerbehinderung in den letzten vier Jahren um 18 %. Bundesweit waren es nur 0,3 %.

Das ist ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Jobcentern, den Kommunen und dem Integrationsamt.

Bei der Umsetzung des geplanten Landesprogrammes zum Übergang aus Werkstätten für behinderte Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt werden dann auch verstärkt die Sozialpartner gefragt sein!

Anrede!

Natürlich ist die Integration von anerkannten Asylbewerbern und Geflüchteten eine besondere Herausforderung.

Neben der nötigen Sprachausbildung, sind die Feststellung der beruflichen Kompetenzen und die Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erforderlich. Bei den Brandenburger Unternehmen besteht dazu eine hohe Bereitschaft.

Klar muss sein, dass es bei dieser Integrationsarbeit nicht zur Aushöhlung des Mindestlohnes kommen darf.

Das wäre ein fatales Signal in die Gesellschaft und der Einstieg in einen neuen Niedriglohnsektor, das würde den sozialen Frieden in Gefahr bringen.

Und mit Guter Arbeit in Brandenburg hätte es nichts mehr zu tun!

Anrede!

Brandenburg hat gute Erfahrungen mit der Bündnisarbeit. Ich bin davon überzeugt, daß das neue Bündnis für Gute Arbeit die Gestaltung einer zukunftsfähigen und fairen Arbeitspolitik unterstützen wird.

Als vernetzendes und inhaltlich Schwerpunkte setzendes Dach wird es die bestehenden Initiativen und Projekte des Sozialpartnerdialoges, zur Fachkräftesicherung und des Ausbildungsdialoges zusammenführen und weiter entwickeln.

Unser Antrag ist bewusst sehr allgemein gehalten. Wir haben prioritäre Handlungsfelder für diese Legislaturperiode benannt.
Detailliertere Ziele und Aufgaben wird sich das gesellschaftliche Bündnis selbst stellen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung!